



## **AFRIKA/DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO - Bischöfe: „Bei den Gesprächen in Kampala ist die nationale Souveränität nicht verhandelbar“**

Kinshasa (Fidesdienst) – „Vereinbarungen, die die nationale Souveränität belasten, sind nicht akzeptierbar“, so die Mitglieder des Ständigen Rates der Bischofskonferenz der Demokratischen Republik Kongo in einer Botschaft, die am Ende einer außerordentlichen Sitzung zur Krise in Nordkivu veröffentlicht wurde.

„Der Fall von Goma hat die Kongolesen fassungslos gemacht“, schreiben die Bischöfe und beziehen sich damit auf die Einnahme der Provinzhauptstadt des Nordkivu durch die Rebellen der M23 am 20. November. Die Rebellen haben sich unterdessen wieder aus der Stadt zurückgezogen und es wurden Verhandlungen in der ugandischen Hauptstadt Kampala auf den Weg gebracht. „Wir möchten an die Teilnehmer der Gespräche in Kampala an mögliche Fallen dieser Verhandlungen erinnern“, heißt es in der Verlautbarung. „Sie dürfen die Einheit der Nation nicht beeinträchtigen und es dürfen keine Vereinbarungen getroffen werden, die zu einer Balkanisierung der Demokratischen Republik Kongo führen“.

Die Bischöfe erinnern an ihre früheren Botschaften zu diesem Thema und betonten die Bedeutung der nationalen Einheit und die Unangreifbarkeit der Grenzen des Landes „die bei der Unabhängigkeit und mit der internationalen Anerkennung am 30. Juni 1960 festgelegt wurden“. Mit einem dringlichen Appell wenden sie sich deshalb an die Regierenden des Landes, die sich für die Interessen des Landes und das Gemeinwohl einsetzen sollen: „Die derzeitige Situation des Kongo sollte bei denjenigen, die uns Regieren, Fragen aufwerfen. Die Regierenden sind verpflichtet die Sicherheit der Bevölkerung und die Integrität des nationalen Territoriums zu schützen. Sie müssen dem Wunsch der Bevölkerung nach Frieden im eigenen Land und außerhalb der Landesgrenzen, nach Würde und Entwicklung entsprechen und werden damit die Einheit des Landes festigen“.

In ihrer Verlautbarung erinnern die Bischöfe die angrenzenden Länder an ihre eigene Mitverantwortung, wenn sie Guerillabewegungen unterstützen, die im Osten des Landes agieren und üben Gleichsam Kritik an kongolesischen Politikern, „die die eigenen Interessen voranstellen und damit zu Komplizen derer werden, die die nationale Einheit auflösen“. Abschließend bitten die Bischöfe die internationale Staatengemeinschaft und eine Revision des Mandats der UN-Mission im Kongo (MONUSCO): die „Blauhelme2 sollten in der Lage sein, die Zivilbevölkerung tatsächlich zu schützen.

„Wir vertrauen die Opfer dieses Krieges der göttlichen Barmherzigkeit an. Wir möchten Bischof Theophile Kaboy von Goma unsere Verbundenheit zum Ausdruck bringen und unser Mitgefühl mit der gesamten Bevölkerung des Nordkivu aussprechen. Die Jungfrau Maria, unsere liebe Frau des Kongo und Friedenskönigin, möge für unser Land und seine Einwohner die Gnade der Einheit und des Friedens werden“, so die Bischöfe am Ende ihrer Verlautbarung. (LM) (Fidesdienst, 07/12/2012)